

Stellungnahme der Teilnehmer_innen des Kongresses der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) „Migration und Rassismus“ vom 3. bis 6. März 2016 in Berlin zur psychosozialen Situation von Geflüchteten

Das Schicksal der vielen Menschen, die nach Europa kommen, weil sie zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen sind, bewegt uns und große Teile der deutschen Bevölkerung sehr. Die Schutz Suchenden fliehen vor Hunger, Unterdrückung und Krieg und sind auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben. Viele sind tief traumatisiert. Auf dem oft langen Fluchtweg haben sie Not und Todesangst durchlitten, und sie erleben häufig erneute Traumatisierung in Deutschland. Sie benötigen einen sicheren Ort und Unterstützung durch Wohnung, Arbeit, medizinische und psychologische Versorgung. Stattdessen erwartet sie meist ein auf Jahre unsicherer Aufenthaltsstatus, mit Angst vor Abschiebung und ohne Möglichkeiten, das eigene Leben selbst zu gestalten. Vielerorts sind sie mit rassistischer Gewalt konfrontiert.

Die Kongressteilnehmer_innen sehen keine Anstrengungen der politisch Verantwortlichen, die Fluchtursachen tatsächlich zu beseitigen. Denn dies hieße für Nato und EU im Nahen Osten und Afrika, wirtschaftliche und politische Einflussnahme, kriegerische Interventionen und Waffenlieferungen zu beenden. Stattdessen beobachten wir große Anstrengungen, kriegstraumatisierte Menschen von Deutschland fernzuhalten: Schließung der Grenzen, Verschärfung der Kriterien und Verfahren für die Gewährung von Asyl. Für das Abfangen von Flüchtenden vor der europäischen Außengrenze verspricht die Bundesregierung der Türkei EU-Milliarden.

Wir als Psycholog_innen und Psychotherapeut_innen sehen uns nicht nur in Pflicht, Traumatisierte zu behandeln. Die Teilnehmer_innen des Kongresses fordern die politisch Verantwortlichen in der Regierung auf, Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, Schutzsuchende aufzunehmen und friedlich an der Beseitigung der globalen Fluchtursachen zu arbeiten.

Berlin, März 2016